

Parlament

## Das „Neie Lycée“ wird erwachsen

Das im Jahr 2005 eingeleitete Pilotprojekt „Eis Schoul“ wird erwachsen. Gestern genehmigte das Parlament quasi einstimmig die Erweiterung um eine Oberstufe, zunächst für den klassischen, in einer nächsten Phase auch für den technischen Sekundarunterricht.

Die Ausweitung entspreche einem echten Bedarf, erklärt Berichterstatter Fernand Diederich (LSAP). Sowohl von Schülern als auch von Eltern gebe es eine starke Nachfrage in dieser Richtung. Und die bisherigen Ergebnisse seien überaus zufriedenstellend. Der Obergrad wird im Prinzip nach dem gleichen Konzept funktionieren wie die bereits bestehenden Klassen – Vermittlung von Kompetenzen in Modulen. Die auf der „Troisième“ vorgesehenen „mémoires“ werden Ge-

meinschaftsarbeiten sein. Erst auf „Deuxième“ ist eine individuelle Arbeit vorgesehen. Das Abschlussexamen ist identisch mit dem der klassischen Sekundarschulen.

Die DP stehe dem Konzept wie bereits 2005 kritisch gegenüber, bemerkte Parteichef Claude Meisch. Man wolle Schüler aber nicht in eine Sackgasse laufen lassen. Am Ende trug die Partei das Gesetz mit. Einzig Anne Brasseur stimmte dagegen. Auch Claude Adam (Grüne) signalisierte Zustimmung. Die Begeisterung habe sich gegenüber 2005 aber etwas abgeschwächt. Vor allem, weil eine objektive Evaluierung fehle.

Unterrichtsministerin Mady Delvaux zeigte sich zufrieden über die breite Zustimmung. In diesem Jahr werden erstmals Schüler aus dem „Neie Lycée“ an der

PISA-Studie teilnehmen, bemerkte sie mit gelassener Stimme im Zusammenhang mit den Bemerkungen zur Evaluierung des Projekts.

Zum Abschluss ihrer Intervention appellierte die Ministerin an den Arbeitseifer der Abgeordneten. „Es wäre gut, wenn der Gesetzentwurf über den definitiven Bau des „Neie Lycée“ in Mersch noch vor Ende der Legislaturperiode erfolgen würde“. Damit die Genehmigungsprozedur noch vor der Sommerpause anlaufen könne und nicht zu viel Zeit verloren gehe. Denn im Hollericher Provisorium werde die Raumnot immer größer.

Angenommen wurde von den Abgeordneten gestern auch ein Gesetz, das die Rechte der Konsumenten stärkt, die Opfer von irreführender oder aggressiver Werbung wurden. Im.